

## **Die Idee einer kommunalen Entwicklungszusammenarbeit mit der palästinensischen Stadt Surif.**

### ***Bericht über eine Informationsreise von Inke Thiesen-Hart und Josef Freise***

Im Februar 2018 wurde Neuwied eine Fair Trade Town und es gibt Überlegungen, dass sich Neuwied weiter globalen Herausforderungen öffnet und sich auch entwicklungspolitisch engagiert.

Gedanken dazu macht sich schon lange der Arbeitskreis Lokale Agenda 21 in Stadt und Kreis Neuwied, der sich zum Ziel gesetzt hat, kommunal und weltweit einen Beitrag zu leisten, um die natürliche Lebensgrundlagen zu erhalten, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen und wirtschaftlichen Wohlstand zu ermöglichen.

Die Mitglieder des Arbeitskreises der Lokalen Agenda 21 Inke Thiesen-Hart und Josef Freise nahmen das Angebot der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) bei Engagement Global an, an einer Informationsreise in den Osterferien 2018 nach Palästina teilzunehmen, die von der SKEW durchgeführt wurde. Die SKEW arbeitet seit 2001 im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung als Service- und Beratungseinrichtung für kommunale Entwicklungszusammenarbeit.

Ziel dieser Besuchsreise zu verschiedenen palästinensischen Kommunen im Westjordanland war es, Möglichkeiten für Entwicklungspartnerschaften zu erkunden. Dem Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller, der über zehn Jahre zweiter Bürgermeister der schwäbischen Stadt Krumbach war, ist die kommunale Entwicklungszusammenarbeit ein Herzensanliegen, weil hier nicht nur technische Verbesserungen erreicht, sondern auch menschliche Beziehungen über Kontinente hinweg gefördert werden.

Da Josef Freise seit zwanzig Jahren regelmäßig Kontakte nach Israel und Palästina pflegt, bot sich diese Gelegenheit an, hier auch nach Möglichkeiten für kommunale Verbindungen mit einer palästinensischen Stadt zu suchen. Alle palästinensischen Städte und Gemeinden leiden unter der israelischen Besatzung, unter chronischem Geldmangel für städtische Aufgaben und unter fehlenden internationalen Kontakten. Mit kommunalen Entwicklungspartnerschaften können durch die neu gewonnenen internationalen Kontakte und Projekte infrastrukturelle Verbesserungen erreicht werden.

Beim nachfolgenden Bericht ist zu berücksichtigen, dass sich die Darstellung ausschließlich an den Gesprächen orientiert, die wir im Rahmen der Delegationsreise mit unseren palästinensischen Gastgebern geführt haben. Wir hatten keine Kontakte mit Partnern aus Israel und berichten also nur aus einer Perspektive. Für die Zukunft ist vorgesehen, bei Reisen nach Israel und Palästina immer auch die bestehenden Kontakte zu israelischen Partnern zu nutzen und einzubeziehen.

Die palästinensische Bevölkerung im Westjordanland und im Gazastreifen leidet unter der Besetzung durch Israel und die fehlende eigene staatliche Souveränität. Mit dem Oslo II-Abkommen vom September 1995 wurde eine Einteilung des palästinensischen Westjordanlandes in A-, B- und C- Gebiet vorgenommen. Diese Einteilung sollte schon 1999 aufgehoben werden, sie gilt aber bis heute. In den A- und B- Zonen, die zusammen ca. 40% des Landes ausmachen, leben inzwischen mehr als 90% der Bevölkerung. Nur hier haben die Palästinenser das Recht, sich selber zu verwalten. 60 % des Landes gehören jedoch zur C-Zone, in der Israel wegen ihrer Sicherheit, so die Begründung, die Oberhoheit behält und administrativ das letzte Wort hat. Baugenehmigungen müssen an israelische Behörden gerichtet werden, diese werden aber fast nie bewilligt. So können Palästinenser nur in den A- und B-Gebieten unproblematisch planen und bauen. Gleichzeitig setzt der Staat Israel unbeeindruckt von den UN-Resolutionen den Siedlungsbau für israelische Siedler auf palästinensischen Gebieten fort und verstößt damit nach allgemeiner internationaler Auffassung gegen das Völkerrecht.

Im Jahr 2002 wurde mit dem Bau der Trennungsanlage begonnen. Dieser Bau wurde mit den von Palästinensern begangenen Terrorangriffen und Selbstmordattentaten begründet.

Die Absperrung verläuft zu 85% nicht auf der 1949 festgelegten sogenannten „Grünen Linie“, sondern auf dem Territorium des Westjordanlandes. Manchmal geht die Trennungsanlage mitten durch ein Dorf. In dem Dorf Al-Walaja wollte ein Bewohner auf keinen Fall sein Haus aufgeben, das jetzt auf der „israelischen“ Seite der Mauer lag. Er blieb bei seiner Entscheidung, obwohl ihm viel Geld von den israelischen Behörden geboten wurde. Deshalb haben die Israelis extra für ihn einen Tunnel und ein Tor gebaut, das aber nur zu bestimmten Zeiten geöffnet wird und diese Familie kann nur sehr kontrolliert besucht werden. Die Familie fühlt sich schikaniert und bekommt keine Baugenehmigung z.B. für eine Außentoilette. Die Abhängigkeit von Entscheidungen der israelischen Besatzungsmacht im C-Gebiet führt zu massiven Einschränkungen im Alltagsleben, die Aggressivität und Feindseligkeit hervorrufen. In Al-Walaja haben die Einwohner keinen Zugang mehr zu einer wichtigen Wasserquelle. An mehreren Orten sahen wir von Israelis abgerissene Häuser im C-Gebiet. Bewohner hatten dort vergeblich auf eine Baugenehmigung gewartet und dann ohne Genehmigung gebaut; das wurde von der israelischen Seite dann als „illegales Bauen“ sanktioniert. Bei Tulkarem haben Israelis eine Chemiefabrik direkt an der Grenze gebaut; der Wind weht regelmäßig auf palästinensisches Gebiet und führt krebserzeugende Schadstoffe mit sich. Die Liste der vorgebrachten Beschwerden palästinensischer Dorf- und Stadtrepräsentanten ließe sich fortführen.

Der Bau der Trennungsanlage – mal ist es eine Mauer, mal ein hoher Stacheldrahtzaun - ist auch aus Kostengründen bis heute nicht vollendet, so dass Selbstmordattentäter nach wie

vor die Möglichkeit haben, einen Weg nach Israel zu finden. Palästinensische Wissenschaftler vom Applied Research Institute in Jerusalem sehen den wahren Zweck des Baues deshalb darin, in dem von Israel „gewonnenen“ palästinensischem Gebiet, das durch den Bau der Anlage von dem Westjordanland abgetrennt ist, weitere Siedlungen zu bauen und die Landkonfiszierung für weitere eigene Interessen zu nutzen (Erschließung von Wasserquellen, Abholzung etc.).

Auch den Bau der Trennungsanlage auf palästinensischem Gebiet erklärte der Internationale Gerichtshof in einem von der UN-Vollversammlung in Auftrag gegebenen Gutachten im Jahr 2004 als völkerrechtswidrig.

Die Stadt Surif interessiert sich für eine kommunale Entwicklungspartnerschaft mit Neuwied. Surif liegt im Bezirk Hebron an der „Grünen Linie“ zu Israel und hat 18.000 Einwohner. Darüber hinaus leben ca. 10.000 Einwohner über verschiedene Kontinente verstreut; viele von ihnen besuchen die Stadt regelmäßig im Urlaub. 40% der Stadt sind C-Gebiet. Die Bevölkerung lebt zu einem großen Teil von der Landwirtschaft (Anbau von Oliven, Weizen, Roggen). 44 % der Stadtbevölkerung sind jünger als 18 Jahre.

Die Bevölkerung teilt sich in acht Großfamilien auf; alle Bewohner/innen sind muslimisch. Ca. 10 % der Bevölkerung fühlen sich den Sufis verbunden, einer spirituell ausgerichteten religiösen Gruppierung, die bei ihren Gebetstreffen singt und tanzt. Aber auch die Sufis zählen wie auch die muslimische Mehrheit zu den Sunniten.

Die Begrüßung in Surif war bei unserem Besuch von großer Herzlichkeit. Die Stadt war mit deutschen Fahnen geflaggt. Wir wurden vom gesamten Stadtrat zuerst im Rathaus empfangen. Es gibt 13 Stadtratsmitglieder, von denen drei Frauen sind. Nach der gegenseitigen Vorstellung wurden wir durch die Stadt geführt. Surif ist die Stadt der 18 Hügel. Die Große Moschee der Stadt geht auf das 13. Jahrhundert zurück. Es gibt gute Einkaufsläden. Die Altstadt hat alte Häuser, die leer stehen und als Wohnraum genutzt werden könnten; sie müssten renoviert werden. An vielen Orten werden solche alten Häuser abgerissen; sie sind aber mit ihrer ökologischen Bauweise, die im Winter die Kälte und im Sommer die Hitze abhält, erhaltenswert und müssten auch als Denkmal geschützt werden. Wir besuchten den neu erstellten Fußballplatz, für den sich der Stadtrat eine Flutlichtanlage und Tribünen wünscht, und auch die noch im Bau befindliche Mehrzweckhalle mit einem Park. Der Bau ruht, weil das Geld ausgegangen ist.

Wir sprachen über verschiedene Möglichkeiten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Der Bürgermeister sprach davon, dass sie einen Kran-Lkw und einen Bagger benötigen; sie müssen das Abwassersystem in Angriff nehmen. Es

könnte ein Trainingsworkshop für Lehrer und Ehrenamtliche organisiert werden, die mit Kindern mit Behinderung (with special needs) arbeiten. Nur 10% der geistig behinderten Kinder gehen zur Schule.

Ein großes Problem stellt die Tatsache dar, dass es in der Stadt kein Krankenhaus gibt, keine Ambulanz, keine Notaufnahme und keine Feuerwehr. Das nächste Krankenhaus liegt 25 km entfernt, und wenn dann noch mobil errichtete Kontrollen des israelischen Militärs zu Staus führen, kann es schon passieren, dass hochschwängere Frauen nicht rechtzeitig das Krankenhaus zur Geburt erreichen.

Vom weiteren Vorgehen her ist nun vorgesehen, dem Stadtrat in Neuwied Begegnungen vorzuschlagen, durch die sich Vertreter der beiden Städte in Neuwied und / oder Surif kennenlernen. Sollte es dann zu einer Verständigung über ein gemeinsames Projekt kommen, können mit Unterstützung der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt Projektanträge gestellt werden. Wenn die Projektpartnerschaft erfolgreich ist, kann später darauf aufbauend eine langfristige Zusammenarbeit im Rahmen einer Städtefreundschaft oder Städtepartnerschaft angestrebt werden. Dies gilt es natürlich dann auch mit der israelischen Partnerstadt Drom Hasharon abzusprechen.

Inzwischen gibt es dreizehn deutsche Städte, die mit palästinensischen Städten eine Städte- oder Projektpartnerschaft eingegangen sind. Die erste deutsch-palästinensische Partnerschaft war die zwischen Köln und Bethlehem und der damalige Kölner Oberbürgermeister Norbert Burger hat diese Partnerschaft immer im Zusammenhang mit der Städtepartnerschaft zu Tel Aviv gesehen. Sein Ziel war es, auf kommunaler Ebene Dinge voran zu treiben, die auf der nationalen Ebene noch nicht möglich waren, so wie Willy Brandt als Bürgermeister von Berlin Passierscheinabkommen durchsetzte, als zwischen der Bundesrepublik und der DDR noch der Kalte Krieg das Klima bestimmte.

Wir haben auf unserer Reise genau darüber mit dem Bethlehemer Bürgermeister als Vertreter des palästinensischen Städtetages gesprochen. Er sieht derzeit keine Möglichkeiten gemeinsamer kommunaler Initiativen mit israelischen Kommunen. Das einzige, was deutsche Kommunen derzeit tun können, ist, den Kontakt sowohl zu befreundeten israelischen wie palästinensischen Gemeinden zu halten und die Lebenswirklichkeiten beider Partner wahrzunehmen. Vielleicht ergeben sich irgendwann doch wieder Gelegenheiten für Netzwerke zwischen Israel und Palästina, und dabei können dann die Städtefreundschaften und –partnerschaften helfen.